



Abb. 6: Die intakte Seelandschaft und die reiche Wasser- und Ufervegetation waren die Hauptargumente im Kampf gegen die Stauseuprojekte. Im Bild das Winkelried-Schiff vor dem Bootshaus in Sempach mit Jean Raeber am Ruder und den Kindern seiner Schwester (ca. 1908).

kale Argumente waren: Sursee könne sich weder eine Stauung noch eine Absenkung des Sees leisten, da in nächster Zeit Herrschaftssitze oder Privatpensionen am Hügel Mariazell entstünden. Neben der Industrie habe Sursee die Möglichkeit, sich am Triechter touristisch zu entwickeln. Ein intakter See sei dazu Voraussetzung.

Die Opposition, die auf Versammlungen und in der Pressepolemik zum Ausdruck kam, nahm natürlich noch andere Argumente auf. Das Landschaftsschützerische wurde schon mit dem einleitenden Zitat dargestellt. Es wurden Ängste vor dem «herz- und seelenlosen Grosskapitalismus» (Anzeiger) geschürt, der die Landschaft dem Profit opfere, alles unter dem Versprechen, Arbeit zu beschaffen, was aber nur für kurze Zeit stimme. Die Nachkommen würden arm, ohne Landschaft da stehen. Dieses Grosskapital sei zudem vom

Ausland, besonders von Deutschland, unterwandert, und letztlich schwäche dies die schweizerische Industrie. Weiter wird Industrialisierung gegen Bauernarbeit ausgespielt: «Wir haben genug Industrialisierung! Diese liegt weder im Interesse des Bauern- noch des Handwerkerstandes» (Anzeiger). Auch befürchtete man eine Stromüberproduktion für den Export, eine internationale Bevormundung. «Eine neue Fremdherrschaft scheint bei Sempach einzehen zu wollen.» (Flugblatt).

Stellungnahme des Sempacher Gemeinderates

Offizielle Stellungnahmen der Gemeinden zuhanden des Kantons erfolgten spät. Es ist auch schwer auszumachen, inwiefern die Gemeindeorgane von sich aus aktiv wurden. Zwar stellte der Gemeinderat von



Abb. 7: In Sempach formierte sich die Opposition: Ein Aktionskomitee wehrte sich gegen die Stauseuprojekte (Postkarte von Sempach um 1908).

Sempach an der Sitzung vom 16. September 1921 in Aussicht, eine Protestversammlung einzuberufen. Die grosse Versammlung vom 2. Oktober entnahm ihn dann dieser Entscheidung.

Der Gemeinderat von Sempach übermittelte am 24. Mai 1922 auf Veranlassung der Gemeindeversammlung, bei der das Aktionskomitee aktiv war, einen Protest an die Regierung. Dieser, mit etwa gleichem Inhalt wie derjenige vom 2. Oktober 1921, scheint aber unbeantwortet geblieben zu sein. Einen weiteren Vorstoss von Sempach am 23. April 1923, also ein Jahr später, beantwortete die Regierung folgendermassen: Es sei weder ein «Konzessionsgesuch um Nutzbarmachung des Sempachersees, noch ein Gesuch um Planauflage» eingegangen, weshalb in dieser Angelegenheit noch keine Entscheidungen gefallen seien.

■ Behörden verhindern Realisierung

Der Kanton winkt ab

Die Akten zeigen deutlich, dass sich der Kanton Luzern seit 1918 intensiv mit Fragen der Energiegewinnung beschäftigte. Er scheint den Projekten anfänglich eher positiv gegenübergestanden zu haben. Je länger er sich mit der Frage der Kraftgewinnung befasste, desto skeptischer scheint er geworden zu sein. Obwohl im Dezember 1919 das Projekt «Waldegg–Sempachersee» noch günstig beurteilt wurde, schienen die geologischen Gutachten, die der Kanton in Auftrag gab (Gutachter Buxtorf/Schnider/Hotz/Wallet, Basel), eine andere Einschätzung bewirkt zu haben. In einem Brief des Kantons Luzern vom 12. August 1920 an das Departement des Innern äus-

serte man sich negativ über die geologischen Bedingungen für Stauräume im Entlebuch, die Hauptvoraussetzung für das ganze Konzept der Energiegewinnung.

Das Nein des Bundes

Im Juli 1923 wurde ein Schreiben des Gesamtregierungsrates dem Bundesrat mit folgenden Argumenten vorgelegt: «Die Projekte berühren zum Teil die wasserwirtschaftlichen, sanitarischen und Besiedlungsverhältnisse unserer Flussgebiete sehr stark, und es hat in den letzten Jahren in weiten Kreisen (Heimatschutz und Anwohner) eine starke Opposition, besonders gegen die Heranziehung des Sempachersees als Ausgleichsbecken eingesetzt. Abgesehen davon erscheint auch die Wirtschaftlichkeit einer Kraftwerkskombination Kleine Emme–Sempachersee sehr fraglich, so dass unseres Erachtens die Einbeziehung des Sempachersees in die Gewässernutzung aus allen Gründen nicht bewil-

ligt werden kann.» Das Verfahren beim Bund verlangsamte sich zu diesem Zeitpunkt. Er forderte zwar noch 1925 forstwirtschaftliche Gutachten beim Kanton ein, die ebenfalls sehr zu Ungunsten der Projekte im Entlebuch ausfielen. Am 31. Juli 1926 erfolgte eine vorläufige Absage des Departementes des Innern für das Projekt «Waldemme–Sempachersee».

Was blieb? Mit dem Nein des Bundes waren beide Hauptprojekte erledigt. Realisiert wurden aus diesem ganzen Projektkomplex eine Turbine in Wolhusen, eine in Malters und jene bei den von Moos'schen Eisenwerken.

Der Rückzug dieser Projekte entthob und enthebt die Einwohner der Seegemeinden der Notwendigkeit, späteren Generationen im Kontext mit Staueseuprojekten ein Märchen erzählen zu müssen, so wie es der Redner auf der Protestversammlung vom 2. Oktober 1921 vorgetragen hatte: «Es war einmal ein schöner, tiefblauer See ...».